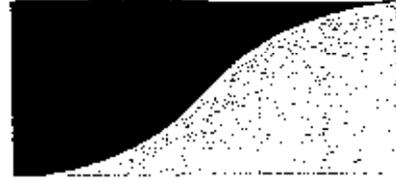


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 9 86 846 ppbn d



Inhalt

Wolfgang Sieler MdB fordert, mit dem WAA-Projekt Schluß zu machen: Schlußfolgerungen aus Negativ-Bilanz ziehen.

Seite 1

Adolf Salzer setzt sich mit den Attacken auf den Hessischen Rundfunk auseinander: CDU will den flächen-deckenden Schwarzfunk.

Seite 3

Dokumentation:

Freimut Duve MdB, Vorsitzender des sozialdemokratischen Kulturforums, skizzierte auf dem Münsteraner Parteitag die Beziehung der Sozialdemokraten zur Kultur. Wir dokumentieren Duves Rede in zwei Teilen.

Seite 5

43. Jahrgang / 169

5. September 1988

Mit dem WAA-Projekt endlich Schluß machen!

Schlußfolgerungen aus der Negativ-Bilanz ziehen

Von Wolfgang Sieler MdB

Nachdem die Aufregtheiten um das Anhörungsverfahren für die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf abgeklungen sind, erweist sich eine nüchterne Bilanz des bisherigen Geschehens um das Projekt als ausschließlich negativ.

- Das polizeiliche Vorgehen gegen um Gesundheit und Leben fürchtende Bürger, vom bayerischen Innenministerium bei Demonstrationen angeordnet und zu verantworten, hat einen tiefen Keil in die Bevölkerung geschlagen. „Die da oben“, so hört man jetzt, „greifen ihr eigenes Volk mit Hubschraubern und Tränengas an“. Diese Stimmung unter den Menschen in der Oberpfalz dient nicht ihrer Verbundenheit mit dem demokratischen Staat. Soll hier, so muß man fragen, bereits die Wirklichkeit des Plutoniumstaates eingeübt werden?
- Die Umstände der Anhörung in Neunburg vorm Wald und ihr von oben angeordnetes abruptes Ende haben das Vertrauen der Bevölkerung darin, daß auch in Bayern ausschließlich rechtsstaatliche Maßstäbe gelten, weiter erschüttert. Die Staatsregierung in München und ihr voran Ministerpräsident Strauß benutzen ihre einmal gewonnene Mehrheit, um ihre Vorhaben durchzusetzen, ohne Rücksicht auf die Meinung der Bürger im Einzelfall „WAA“. Kluge Politik, die die politische Durchsetzbarkeit einrechnet, sucht man in der CSU-Spitze vergebens; die für die langfristige demokratische Atmosphäre wichtige Entwicklung politischer Stimmungen unter den Bürgern bleibt gänzlich unberücksichtigt.
- In die Bevölkerung sind durch die CSU-Politik tiefe Gräben zwischen Befürwortern und Gegner der WAA gerissen worden. Dieses „Teile und herrsche“ nutzt nur einer auf Machterhalt fixierten „Staatspartei“, nicht dem demokratischen Konsens.
- Das Verhältnis zu unseren österreichischen Nachbarn ist durch immer neue Ausfälle von Mitgliedern der Staatsregierung und CSU-Vertretern nachhaltig gestört. Die Dreistigkeit, mit der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Umwelt
mit vorwiegend recyceltem
Kopierpapier



österreichische Bedenken barsch vom Tisch gewischt werden, und die kleinkarierten beleidigenden Trompetenstöße gegen das Anti-Atom-Land Österreich muten an, als wollte Strauß zum Alpenkrieg blasen. Zuletzt warf der „Bayernkurier“ einem katholischen Bischof aus Wien, der seine Furcht vor den Auswirkungen der Atomstrahlung auf die Schöpfung öffentlich bekannte, sogar „Bösartigkeit“ vor. Wie tief muß die Moral in der Christlich Sozialen Union gesunken sein, wenn Bayernkurier-Chefredakteur Scharnagel einen katholischen Bischof der Bösartigkeit bezichtigt!

- Das Vertrauen in die Oberpfalz als Industriestandort ist nachhaltig erschüttert. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmer fürchten sich vor den Auswirkungen des Plutoniumstaates und schrecken daher vor einer Industriensiedlung im Raum Cham-Schwandorf-Amberg zurück. Für die strukturschwache Grenzregion mit hoher Arbeitslosigkeit hat dies katastrophale Auswirkungen. Andererseits könnte mit den bisher schon auf 7,4 Milliarden DM veranschlagten Baukosten für die WAA, nicht gerechnet die im Landesetat versteckten Hunderte Millionen staatlicher Nebenkosten für polizeiliche und juristische Verteidigung des Projektes, ein Wirtschaftsprogramm finanziert werden, daß die Oberpfalz tatsächlich aufblühen ließe.

Diese Bilanz macht deutlich: Es muß dringend Schluß gemacht werden mit dem WAA-Projekt.

Aber die Regierungen in München und Bonn denken nicht daran. Trotz der jetzt schon eingetretenen negativen Auswirkungen wird weiter gebaut.

Im Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom letzten Januar heißt es, daß ein Endlager für hochradioaktive Abfälle „Anfang des nächsten Jahrtausends für den nationalen Bedarf zur Verfügung stehen wird“. Heißt „am Anfang“ im Jahre 2020, 2160 oder 2290? Wird in Wackersdorf weitergebaut, weil hier in Wahrheit und vielleicht für mehrere Jahrhunderte ein atomares Zwischenlager hochradioaktiver Abfälle entstehen soll, da das Entsorgungsprogramm wegen der mangelnden Eignung des Salzstocks von Gorleben gescheitert ist? Ein solches oberirdisches Lager, das durchaus für lange Zeit Endlagercharakter hätte, wäre einmalig auf der Welt; denn bisher herrschte Einvernehmen darüber, daß die Endlager hochradioaktiven Materials nicht oberirdisch angelegt werden.

(-/5.9.1988/va-he/rs)

* * *

Ziel ist der flächendeckende Schwarzfunk

Die CDU will sich den Hessischen Rundfunk gefügig machen

Von Adolf Salzer

Pressesprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Schon Brutus war ein ehrenwerter Mann. Bernd Hamer, CDU-Landtagsabgeordneter aus dem Hochtaunus ist auch einer. „Als ob irgend jemand in Hessen den HR missen möchte“, empört er sich. Nein, „niemand will den HR zerschlagen“. Es spricht die medienpolitische Unschuld. Die „Frankfurter Rundschau“ hatte den CDU-Parlamentarier mit diesem Satz zitiert: „Da wollen wir doch mal sehen, ob der Hessische Rundfunk dann nicht auf der Strecke bleibt.“

Klar, so was denkt man vielleicht, man sagt es nicht. Und rutscht es einem versehentlich doch heraus, dann muß er eben dementieren. Er kann nicht des eigenen Ministerpräsidenten Regierungserklärung und die dort enthaltene Verpflichtung für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem desavouieren. Und: Ehre, wem Ehre gebührt, auch Walter Wallmann! Zerschlagen will der CDU-Landesvorsitzende den Frankfurter Sender in der Tat wohl nicht. Die im Funkhaus an der Bertramstraße sollen „nur“ in die Knie gehen, den Konservativen gefügig sein. Die regierungsfreundliche Hofberichterstattung, die erst kürzlich der ARD-Programmbeirat dem „Bericht aus Bonn“ attestierte, soll auch in Hessen Funk-Alltag werden.

Ziel ist der flächendeckende Schwarzfunk. Ihm ist die Union schon Anfang des Jahres ein weiteres Stück näher gekommen. Nach der Wahl des CSU-Mannes Edmund Gruber zum Intendanten des Deutschlandsfunks verfügt nur noch Radio Bremen als kleinste ARD-Anstalt über einen der SPD nahestehenden Intendanten. Sieben Intendanten stehen auf dem Unions-Ticket. Die Arrondierung des schwarzbestrahlten Territoriums um ein weiteres Sendegebiet, Hessen, soll folgen. Daß das Bundesverfassungsgericht in seinen „Fernsehurteilen“ von 1961 und '86 den Rundfunk als modernes Instrument der Meinungsbildung definierte, das weder dem Staat noch einer gesellschaftliche Gruppe ausgeliefert werden dürfe - wenn in der Union stört's?

Von Adenauer bis Kohl: Fast zahllos die Versuche der Konservativen, sich der elektronischen Medien als Machtinstrument zu bedienen. Erst das Bundesverfassungsgericht hat den Plan Adenauers gestoppt, sich ein staatshöriges Fernsehen zuzulegen. Ein maßgeblich von den Gewerkschaften getragenes „Volksbegehren Rundfunkfreiheit“ muß verhindern, daß sich der schon heute sehr enge CSU-Griff um den Bayerischen Rundfunk noch weiter schloß.

Wer nicht spurt, wird in der Berufsausübung behindert, strafversetzt oder kaltgestellt. So wird Klaus Bresser auf Druck der CSU als Moderator einer ZDF-Diskussion zurückgepfiffen, Wolfgang Moser wird um den Arbeitsplatz gebracht. Nicht einmal das CDU-Parteibuch schützt: „Report“-Moderator Franz Alt hat diese Erfahrung lange vor seinem Parteiaustritt gemacht. Und jetzt ist Hartwig Kelm an der Reihe. Die CDU/FDP-Koalition in Hessen bekämpft den Mann, den sie selbst auf den Stuhl des HR-Intendanten gehievt hat. Vor allem Wallmann sieht sich von Kelm schlecht honoriert. Der Versuch, der Wende in Wiesbaden die Wende im Frankfurter Funkhaus folgen zu lassen, ist bislang an der weitgehend geschlossenen Abwehr der HR-Beschäftigten wie am Rückgrat des einst CDU-nahen Intendanten gescheitert. „Der Hessische Rundfunk wird sicher nicht zum Claqueur irgendeiner Landesregierung werden“, gab Kelm ein halbes Jahr nach dem Wiesbadener Regierungswechsel in einem Interview zu Protokoll. Und: „Er wird im politischen Bereich weiter kritisch bleiben, und das ist gut so.“

„Seltene Geradlinigkeit“ bescheinigt der „Spiegel“ heute Kelm. Und in der Tat: Zugeständnisse an konservative Kritiker blieben die Ausnahme - und vertretbar. Etwa wenn der Intendant aus einer Text-Collage diesen Satz schneiden ließ: „Für mich sind und bleiben Soldaten Mörder.“

Ausgestrahlt wurde im Hessischen Rundfunk ein Film zum 125jährigen Jubiläum der Hoechst AG, in dem auch Stichworte wie Zyklon B, IG Waffen und Göring nicht fehlten. Der Chemie-Konzern antwortete mit einer Briefkampagne seiner Mitarbeiter auf den nach seiner Ansicht „unterschwellig agitatorischen, in Teilen entwürdigenden Film“. Die HR-Chefetage blieb unbeeindruckt.

Die Äußerung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, HR-Fernsehchefredakteur Manfred Buchwald sei ein „unsäglicher Chefredakteur“, wies Keim ebenso zurück wie die mehrfach und unisono von CDU und Bistum Fulda gekommene Kritik an einzelnen Sendungen. Und er setzte gegen den Willen der rechten Mehrheit im Rundfunkrat den (parteilosen) Bremer Fernsehchef Hans-Werner Conrad als TV-Programmdirektor durch.

Bei der Wiesbadener CDU-Führung „stehen sich die Leitz-Ordner mit Beschwerden gegen das rot-grüne HR-Programm gegenseitig auf den Füßen und füllen mittlerweile Regalwände“, wußte der CDU-nahe Mediendienst „rundy“ schon im März 1987, ungeniert darauf hinweisend, daß die CDU systematisch Belege für angebliche Fehlleistungen in der Bertramstraße sammelt. Vier Wochen zuvor hatte „rundy“ gedroht: „Bei CDU-Sieg in Hessen stehen dem HR einschneidende Änderungen ins Haus“.

Die Hoffnung auf „einschneidende Änderungen“ in der Sendezentrale hat bei Hessens Konservativen Tradition, bei der CDU wie bei den ihr nahestehenden Zeitungen. Mal rügt die „Frankfurter Allgemeine“, daß „gehäuft Länder wie Nicaragua, Guatemala, Argentinien oder Chile“ erwähnt werden, mal fühlt sich CDU-Staatssekretär Henning an „Radio DDR“ erinnert. Maßobjekt geblieben, obwohl schon vor Jahren aus der SPD ausgetreten, ist Wilhelm von Sternburg, der - so die FAZ - „dem Typ nach eher finster wirkend, nieselnd die Nachrichten abliest“. Überhaupt gibt es, meint das Frankfurter Blatt mit den klugen Köpfen, beim HR jede Menge „Bildschirmkasperln, die danach gieren, ihren Kopf vorzuzeigen“. Ihre Kennzeichen: „ungeeignete Stimme, zischendes Gebiß oder Stottern“. Im Vergleich dazu äußert sich die gleichfalls konservative „Frankfurter Neue Presse“ geradezu feinfühlig: „HR-Intendant sorgt sich zu sehr um Popularität.“

Die Ideen, wie den Programmachern beim HR Daumenschrauben angelegt werden können, werden der Union wohl nicht ausgehen. Auch die Vorzensur gehört zu ihrem Repertoire: Sendebeiträge - so ein Vorschlag des vormaligen CDU-Landesgeschäftsführers und heutigen hessischen Finanzministers Manfred Karthar - sollen noch vor ihrer Ausstrahlung dem Rundfunkrat vorgelegt werden.

Der Hessische Rundfunk hat diese vom SPD-Medienpolitiker Gert Lütgert als „Vorzensur in Reinkultur“ eingestufte Verwischung von Gestaltungs- und Kontrollbefugnis fürs erste abgewehrt - wie auch schon manche „Rotfunk“-Kampagne. Er scheint auch auf die Konkurrenz, die ihm durch den von CDU und FDP geförderten Kommerzfunk erwächst, flexibel genug zu reagieren: nicht, wie von den Konservativen erhofft, durch weniger Kritik und mehr seichte Unterhaltung, sondern durch mehr Bürgernähe (Stichwort: Regionalisierung).

Doch die Herausforderung durch kommerzielle Anbieter ist längst nicht ausgestanden. Auch nicht der christ-liberale Versuch, den HR personalpolitisch in den Griff zu bekommen. Münchens „Report“-Chef Günther von Lojewski, Strauß-Spezi und Wallmann-Fan in einem, wird bereits als Nachfolger von Chefredakteur Manfred Buchwald gehandelt. Die „Frankfurter Neue Presse“ frohlockt: „Erreicht die Wende in Hessen nun auch das Frankfurter Funkhaus?“ (-/5.9.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Behutsame Annäherung an die Kultur

(Teil I)

Freimut Duve MdB, Vorsitzender des Kulturforums, skizzierte auf dem Münsteraner SPD-Parteitag die Beziehung der Sozialdemokraten zur Kultur. Wir veröffentlichen seine Rede in zwei Teilen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Nun also Kultur. Pflichtübung? Neigung? Notwendigkeit!

Wir haben zuletzt auf dem Parteitag in Mannheim über Kunst geredet, über einen Paragraphen gegen die Verherrlichung von Gewalt. Eine leidenschaftliche Debatte um die Freiheit des Wortes und um die Schranken der Wertordnung. Die Intellektuellen haben die SPD dafür kritisiert. Wir haben diesen Paragraphen wieder abgeschafft. Unsere Kritiker haben uns nicht gelobt. Jetzt ist er in die Sicherheitsgesetze der CDU wieder hineingekrochen, heimlich, kaum bemerkt, von den Intellektuellen wenig kritisiert.

Unsere Partei hat Ferdinand Lassalle, ein Mann, der Theaterstücke schrieb, mitbegründet, und weckt darum andere Erwartungen als eine Partei, deren Kultfigur im Schiftsteller Pinscher sah, und deren Gründervater Adenauer Dossiers über die Seitensprünge seiner Kabinettsmitglieder anlegte. Ferdinand Lassalle hatte in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts den weltgeschichtlichen Rang der erkämpften bürgerlichen Freiheiten schon klar benannt. Lassalle und andere haben von Anfang an die Fackel der geistigen Freiheit an die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts übergeben. Wir wollen nicht hochnäsiger behaupten, wir hätten sie immer sorgsam gehütet. Wir waren zuweilen nachlässig. Unterdrückt haben Sozialdemokraten die geistige Freiheit nie.

Erhard Epplers Streit-Dialog mit der SED zeigt präzise, wo und warum sich die Geister geschieden hatten und bis heute scheiden. Ich bedaure, daß ein erster streitbarer Dialog über die geistige Freiheit und die Rolle der Kultur mit den Erben Adenauers und Erhards und mit den glatten Epigonen des F.J. Strauß kaum möglich war.

Wer unter uns glaubt, sich des Vorwurfs erwehren zu müssen, wir hätten das Kollektiv vor das Individuum gestellt und ihm seine Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten, der lese Lassalles Text zu Lessing. Für ihn der „Dichterpar excellence der humanen Idee“. Lessing und Lassalle mit ihnen beginnt die Geschichte des verantwortlichen Selbstbewußtseins des Einzelnen.

Wenn wir Sozialdemokraten also vom solidarischen und humanen Individualismus sprechen, dann in der Tradition Lessings, Lassalles und Babels: Wir setzen ihn hart und deutlich von dem zy-

nischen Egoismus des angeblichen Zeitgeistes ab, der weit weniger Ausdruck freier, selbständiger und selbstbewußter Individuen ist als vielmehr Motor modischer Markt-Strategien. Nein, der temporäre Geist schützt und fördert nicht das Individuum. Das Umlauftempo der intellektuellen und kulturellen Modemacher schafft für den Einzelnen wenig Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen.

Da meinen manche, wir hätten den Zeitgeist verpaßt. Es gibt Züge, die in die falsche Richtung fahren, die sollte man lieber sausen lassen, anstatt aufzuspringen.

Treffend schildert die Kontaktanzeige aus einer Hamburger alternativen Zeitung von vergangener Woche die Notlage dessen, was man den „Geist der Zeit“ nennt:

„Zynisch-sensible Frau, 39, natur- und kulturinteressiert, sucht ebensolchen Mann. Chiffre 3785“.

Diese traurige Mischung aus vermeintlichem Zynismus als positivem Wert und Sensibilität ist in der Tat eine Chiffre für den produzierten Zeitgeist. Sie drückt, suchend und hilflos, Mode und Nöte zugleich aus.

Kunst ist vielerlei. Sie ist als Widerstandskultur Argument im Sinne der Freiheit und der Aufklärung; sie ist aber immer auch Ornament und Dokument, Schmuck der Welt und Zeugnis der Zeit. Instrument sollte sie jedoch nur für die Künstler selber sein. Für niemand anderen. Nicht für die politischen Parteien, nicht für den Staat oder die Wirtschaft. Und sie schafft Raum für den Traum, für die Utopie.

Wir nähern uns behutsam der Kulturpolitik. Kein Fanfarenstoß, keine unkritische Selbstgerechtigkeit. Immerhin ist in diesem Sommer die Zeitschrift „L 80“ von Günter Grass und Johano Strasser gestorben.

Das KULTURFORUM der Sozialdemokratie hilft mit bei einem Autorentreffen in Telgte, zwei Tage und zwölf Kilometer vor Münster. Sorgsam bespricht Günter Grass, der zwei Jahrzehnte für die Sozialdemokratie getrommelt hat, Texte mit seinen Kollegen: Kunst ist nicht nur Bekenntnis, es ist auch professionelles Können.

So muß auch Kulturpolitik das Kopf- und Handwerkliche fördern, darf Kunst nicht auf Bekenntnisse abklopfen.

Von Behutsamkeit ist auch unser Leitantrag geprägt. Wo den Städten vom Bund die Kassen geleert werden, haben wir Anlaß zu der Feststellung:

Kunstförderung ist Pflichtaufgabe des Staates. Künstlerische Freiheit, Kreativität und Kritik brauchen die materiellen Garantien ebenso wie die Freiheiten des Rechtsstaates. So selbstverständlich, wie wir Polizei und Krankenhäuser brauchen. Wer die Kommunen zwingt, Theater gegen die Sozialstationen aufzurechnen, beschädigt beide. (-/5.9.1988/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil der Rede veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *